

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Sölbergasse.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle.

Wotto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 46.

Halle a. S., Donnerstag den 23. Februar 1893.

4. Jahrg.

Die notleidenden Großgrundbesitzer.

M. Die Landwirtschaft leidet Not, ihr muß geholfen werden, geschieht dies nicht bald, so ist sie unrettbar verloren und mit ihr der Staat, dessen feste Stütze sie ist. Darum, wer den Staat erhalten will, der springe über in arge Bedrängnis geratenen Landwirtschaft. Mit solchen Hilfschreit füllen die Organe der Agrarier jetzt Tag für Tag ihre Spalten. Die gesamten Grundbesitzer werden darin auf die Schanzen gerufen, alle Bewohner des platten Landes sucht man mobil zu machen zur Verteidigung der landwirtschaftlichen Interessen. Angesichts solcher Sachlage muß man doch fragen, was ist denn geschehen, das die Gemüter der Herren Krantjunker so in Wallung gebracht hat, ihnen die Ruhe ihres Herzens geraubt und sie, wie es scheint, keine frohliche Stunde mehr finden läßt, in der sie sich die Früchte ihres Raubes, pardon! Verdienstes, ungehindert freuen könnten. Die Antwort liegt nahe.

Es droht den „armen, am Hungeruche nagenden Großgrundbesitzern“ ein kleiner Ausfall in ihren Einnahmen durch den nach Ausspruch der Regierung zu erwartenden Handelsvertrag mit Rußland, nach welchem das aus diesem Lande nach Deutschland eingeführte Getreide wahrscheinlich künftig auch nur, wie das aus anderen Ländern kommende, einem Eingangszoll von 3.50 M., bisher 5 M., unterworfen sein soll. Der Getreidepreis könnte dadurch sinken, das Brot des armen Mannes vielleicht etwas billiger werden, das ist es, was die Junker empört und sie drohen der Regierung, im Reichs- und Landtag vor nachsten Interferenz-Versammlung zu gehen, wenn sie kein Einsehen mit ihrer „Not“ habe, indem sie den Eingangszoll landwirtschaftlicher Produkte aus Rußland herabzusetzen suche.

Als wenn die Herren in den getragenen Körperschaften schon jemals etwas anderes geleistet hätten, als pure Vertretung und Förderung ihrer Klasseninteressen. Ihre ganze Tätigkeit besteht ja aus freier Egoismus, wie er nur bei einem Agrarier zu finden ist. Das Streben, ihre Stellung als Abgeordnete dazu zu bringen, die Masse des Volkes geistlich anzuspindeln zur Erfüllung ihres Gelüstedes, tritt in fast allen ihren Handlungen hervor. Wollen sie das in Zukunft noch ärger treiben, und kann's recht sein. Je mehr sie sich in ihrer wahren Gestalt zeigen, desto besser lernt sie das Volk kennen. Und die Regierung braucht sie nur halbwegs den Fuß in den Nacken, so lüftet sie sich in ihrer großen Majorität, windet und krümmt sich wie ein Würm in den Füssen der Regierung, beweint während wie ein Hund ihre Erbarmung und Träne zu Kaiser und Reich. Die Regierung weiß daher, was sie von der angebotenen Widerpenflichkeit zu halten hat. Ein Gegner, dem man nach Welchen Schritte applizieren kann, ist nicht zu fürchten.

Mit dem Wärm in der ihnen ergebene Presse, wobei sie thun, als wenn sie den Kleingrundbesitzer vor dem Untergang beschützen wollten, können sie nur die täuschen, die

nicht alle werden. Jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß gerade der Großgrundbesitzer den Kleingrundbesitzer vernichtet und daß der letztere nur einen ganz kleinen Vorteil von dem Getreidezoll hat, weil — er mißt denn das veräußern, was er zu seinem Unterhalt selbst braucht — er nicht in der Lage ist, Getreide verkaufen zu können, während den Großgrundbesitzern damit auf Kosten des armen Mannes tausende von Mark jährlich in die Taschen fließen. Eigentümlich muß es daher berühren, wenn die Großgrundbesitzer als Kaufleute des kleinen Grundbesitzers sich als Vertreter des letzteren aufstellen. Es ist dies der reinste Stimmenfang, und für jeden Kleinbauer, der sich beleiden läßt, einem Großgrundbesitzer bei Wahlen seine Stimme zu geben, gilt das Sprichwort: Nur die allergrößten Käber wählen ihre Wegger selber.

Wie in Wahrheit die Verhältnisse bei den Junkern und Großbauern liegen, lehrt deren luzuriöses Leben. In der Regel halten sie sich zur Leitung der Bewirtschaftung ihrer Güter Inspektoren, Verwalter, Kammerlän und dergleichen. Sie selbst unterziehen sich nur der lauren Mühe, mit dem Ertrag ihrer Güter ein herrliches Leben zu führen. Ein und wieder dringt Rühmers darüber in die Öffentlichkeit. So lösen wir vor kurzen von einer sogenannten Bauernhochzeit in Gr.-Gabelitz in Ostpreußen, — der Gegend, wo die Großgrundbesitzer am lautesten über ihren Notstand schreien — daß zur Feier derselben 1 Rind, 2 Kälber, 3 Schweine, 6 Schafe, 10 Gänse und eine Menge Enten und Hühner verzehrt wurden. Die eßfertigen Gäste tranken dazu 60 Liter Branntwein, 18 Fäßchen Bier und eine große Quantität Rum. Dergleichen wird von einer solchen Hochzeit in dem Dorfe Gr. Bräunow (Pommern) berichtet, wo es noch viel höher herging. An derselben nahmen ca. 300 Personen teil. Die Feier währte 4 Tage. Verzehrt wurden 8 Kälber, 1 Rind, 4 Schweine, 150 Hühner, 3 Zentner Hefe, 16 Zentner Mehl, 2 Zentner Butter und 700 Eier. Getrunken wurde: 10 Tonnen Bier und 300 Liter Spirituosen. Auch in Thüringen sind solche Hochzeiten beliebt. Aus Emleben im Göttingen wird von einer im Dezember vorigen Jahres stattgefundenen Hochzeit geschrieben, zu der 100 Gäste geladen waren. Zur Bewirtung derselben waren erforderlich: 1 Kuh, 2 Schweine, 2 Hammel, 16 Gänse, 1/2 Zentner Kapriz, 1/2 Zentner Koteletts und 1/2 Zentner Gachfleisch; 10 Zentner Mehl, 3 Zentner Butter und 2 Zentner Zucker wurden außer anderen Zutaten in Küchen verbacht. Die Feier dauerte 3 Tage, und während dieser Zeit entwickelten die Hochzeitsgäste auch viel Durst. Getrunken wurde: 6 Fektoliter „Eis“, 600 Fäßchen Wein und Champagner, ein großes Quantum Canebener Gebräues und heißen Cognac.

Was sagt dazu Herr v. Minnigerode, der im Abgeordnetenhanse so unersessenen Notstand der Landwirtschaft behauptet? — Oder Herr v. Bismarck, der jetzt überall die Klammrommel schlägt zur Gründung eines großen Bundes der Landwirte, um die bedrohte Landwirtschaft zu retten?!! Ist das Notstand?!!

er Gejallen an den Späßen des Bismarck zu rufen und Delaunay meint: „O, Anselm, Sie scheinen ja auf dem besten Weg zu sein, nächtigen und vernünftig zu werden.“ Von der Bühne klang inzwischen der Schlußchor des ersten Aktes herüber und Roland unterschied deutlich Follys helle, klare Stimme. Es folgte rauchender Beifall, der Chöre mußte wiederholt werden und unter donnerndem Applaus fiel der Vorhang. Gleich darauf erschien Folly erheit und atemlos; ihre Augen blühten, bei jeder Bewegung funkelten und glänzten die Diamanten, welche ihren Nacken schmückten. Hinter ihr strömten die Figurantinnen und die „Ballettanten“ — wie der geistreiche Bismarck sie nannte — herein; sie lachten und schimpften gleich Ethern und jede suchte die andere zu überholen.

Delaunay stellte den Bismarck der eintretenden Folly vor. Der junge Mann benutzte die Gelegenheit, ihr einige plumpe Schmeicheleien zu sagen, so daß Roland seine Ungebildung kaum zu ärgeln vermochte. Endlich entfernte er sich, um seine Komplimente auch anderen zu teil werden zu lassen und tiefaufmerksam trat Roland an Folly heran und führte sie gegen das Fenster.

„Du scheinst vergessen zu haben, wozu wir vorher sprachen, Folly?“ sagte der junge Mann leicht verärgert.

„O nein — Du sagtest mir, Du liebst mich,“ versetzte Folly gleichmütig.

„Mein Bismarck scheint keinen sonderlichen Eindruck auf Dich gemacht zu haben — die Komplimente jenes großen Schwärmers waren vermutlich interessanter. O, wie ich diese dreifachen Burschen hasse — ich möchte Dich dieser Atmospäre entziehen, und ich hoffe —“

„Du möchtest mich der Bühne entzogen haben?“ fiel Folly dem Aufgerregten mit großen Augen in die Rede, „und dabei behauptest Du, mich zu lieben?“

Wenn die Hefsporne der Agrarier Schanzgefäß besäßen' würden sie nicht die Todtackten auf den Kopf stellen und von Notstand in ihren Kreisen reden. Die agrarischen Junker sind eben nie zu bescheiden, ihr Heißhunger nach mißlosem Erwerb kennt keine Grenzen. Den Staat betrachten sie als ihre Domäne, er habe daher die Aufgabe, in erster Linie für sie zu sorgen. Immer toller wird ihr Treiben. Nun, sie selbstfüchtiger sie sich zeigen, umso mehr muß ihr Gebahren dem Volke zumider sein. Sie beschleunigen damit nur ihren Sturz, denn einmal muß doch der Masse des Volkes gegenüber solcher unerfülllichen Habgier die Schuld reifen.

Politische Uebersicht.

Dreizehn Abgeordnete waren gestern im Reichstage anwesend, als der Präsident v. Levetzow die Sitzung eröffnete. Der Minister-Agrarier Graf Kanitz las vor dieser kleinen Gemeinde eine Epistel zu gunsten des deutsch-österreichischen Handelsvertrages, worauf derselbe im Sandmüchler in zweiter und dritter Lesung genehmigt wurde, was gewiß etwas heiliges will, wenn man bedenkt, daß es sich hier um einen selbständigen Handelsvertrag und Selbstentwurf handelt, welcher mit solcher Schnelligkeit erdicht wird, während zur Beratung einzelner Kapitel des Etats vierzehn Tage gebraucht werden.

Dem Reichstage ist gestern vom Reichskanzler die Benachrichtigung zugegangen, daß nach Mitteilung der württembergischen Regierung ein Strafverfahren gegen den Abg. Frhrn. von Müsch (die Einstellung eines solchen hatte der Reichstag beschlossen) nicht schwebt; das gegen Herrn von Müsch eingeleitete Strafverfahren sei erledigt und das Urteil rechtskräftig. Das Schreiben des Reichskanzlers wurde der Geschäftsordnungs-Kommission überwiegen. Frhr. von Müsch war durch das Landgericht Stuttgart aufgefordert, sich zur Verurteilung der gegen ihn erkannten zweimonatlichen Gefängnisstrafe zum 20. d. zu stellen. Ueber den Verlauf der Angelegenheit darf man gespannt sein.

Bei der Reichstags-Ordnungswahl, die gestern im Wahlkreise Siegnitz-Geynau-Goldberg stattfand, erhielt einem Gerold-Telegramm zufolge Jungfer (frei) 9726, Hertwig (Anti) 5048, Kühn (soz.) 4814 und Graf Rothkirch (toni) 1153 Stimmen. Es kommt darnach zur Stichwahl zwischen Jungfer und Hertwig. Wie die „Völkische Zeitung“ dargegen in ihrem heutigen Abendblatt meldet, soll der freireinliche Kandidat Jungfer bereits mit knappr Majorität gewählt sein.

Die Wahl in den Reichsberger Landbezirken hängt — so berichtet die „Wiener Arbeiterz.“ — an den Liberalen Konfessionen zu machen. Dieser liegen allerdings nur vereinzelte Ziffern über die Wahl der Abgeordneten in den Bezirken Gabelitz-Lammsdorf vor, aber diese sind immerhin auffallend genug. Nach unseren Nachrichten ist die sozialdemo-

46]

Folly Morrison.

Roman von Frank Barrett.
Autorisierte Uebersetzung von H. Geisel.
(Fortsetzung.)

[Nachdruck verboten.]

Dreißundzwanzigstes Kapitel.

Wenn auch im Revütheater, wie an anderen Londoner Bühnen, das Verbot bestand, daß während der Vorstellung keine nicht zu dem Theater gehörigen Personen den Bühnenraum betreten dürfen, so galt auch hier das Sprichwort: „Reine Regel ohne Ausnahme.“ Gönner des Revütheaters fanden jederzeit offene Thüren, selbst wenn sie mitunter gute Freunde mitbrachten, drückte der Direktor die Augen zu. Nur während der Vorstellung angezogen war, durfte kein Unberufener den Bühnenraum betreten. Roland hatte dies schon mehrfach sehr stören gefunden, am meisten aber störte es ihn heute. Wüßmütig bog er sich ins Stimmzimmer — ein geräumiges Gemach, in welches sich nach jedem Aktfluß der Strom der auf der Bühne Beschäftigten ergoß. Roland fand Gesellschaft, zwei junge Herren aus vornehmen Stande; der eine, der Sohn eines berühmten englischen Staatsmannes, interessierte sich lebhaft für eine junge Figurantin; der andere, ein gewisser Delaunay, stand mit allen Ballettängerinnen auf freundschaftlichem Fuße. Da Roland beide kannte, mußte er wohl oder übel eine Weile ihre Unterhaltung über sich ergehen lassen. Besonders der junge Bismarck, der Sprößling des großen Diplomaten, gefiel sich in einer rührenden, rückwärtsigen Sprechweise; er nannte, wie er sich lächelnd räuselte, „die Dinge beim richtigen Namen“ und es kimmerte ihn wenig, daß er dabei seltene Antwandregeln mit Füßen trat. Früher war seine Gesellschaft Roland höchst widerwärtig, seine Unterhaltung hatte Rolands Ohr förmlich beleidigt; heute schien

„Wie weit ich Dich liebe, Folly.“
„Als ob ich im Stande wäre, zu leben, wenn ich nicht auf der Bühne leben darf! Nur auf der Bühne kann ich glücklich sein!“ rief Folly leidenschaftlich.
„Wie, Folly? ein Leben in bürgerlichen Verhältnissen wäre Dir zuwider?“
„Du fragst noch? Jetzt drängen sich die Leute, mich zu sehen — mein Name steht auf allen Anschlagtafeln, mein Bild zielt alle Schaufenster. Abendlich werden mich Kränze und Blumen in Hüße und Fülle zugeworfen — das Publikum jubelt mir zu, wenn ich singe und tanze — ja selbst wenn ich stumm und regungslos verharre, werde ich mit Beifall überschüttet, alle Zeitungen loben mich und veröffentlichte Berichte über mich. Und all dieses sollte ich aufgeben, um mich einzuperrern und vielleicht tagelang nichts von der Welt zu sehen und zu hören? Kimmere mehr!“
„Aber das bürgerliche Leben, welches Dir so entsetzlich erscheint, bietet doch vielleicht manches, was Du auf der Bühne vergeblich suchst! Siehst es nichts, was Dir den Verlust des Beifalls und der Fuldigung der Menge ersparen könnte?“
„Nichts — nichts auf der Welt, es wäre denn —“
Folly hielt inne — selbst um den Preis, ihren Vater wieder gesund und glücklich zu sehen, erschien es ihr unmöglich, auf das Bühnenleben zu verzichten.
„Nun, Folly, Du andernst — was wollest Du sagen?“
„Nichts — ich dachte an etwas, was Du mir doch niemals geben könntest. — Aber Du sprichst von guter Verzeihen, die mich interessieren würden. Was giebt's?“
„Nun, daß ich Dich liebe, gehört auch dazu, Folly!“
„Deine Liebe ist mir doch nichts Neues“ ...
„In der That, ich liebe Dich, als ich Dich zum erstenmal erblickte, ich möchte es mir nur nicht eingestehen, denn so

trafliche Wahlmännerliste in folgenden Orten durchgedrungen: Wiersthal (7 Wahlmänner), Albrechtshof (5), Zersdorf (5), Schumburg (7), Bulte-Neu (2) und Reichenau (7); außerdem kommt es noch zu Stichwahlen in Rodorf und anderen Orten. 33 sozialdemokratische Wahlmänner sind also bisher in dem Wahlbezirk gesichert, in welchem im Jahre 1891 auch nicht eine einzige sozialdemokratische Stimme abgegeben wurde. Noch interessanter wird das Resultat dadurch, daß an den Orten, wo unsere Listen unterlagen, große Minoritäten auf unserer Seite waren. So unterlagen wir in Lannwald mit 59 gegen 61 Stimmen, in Johannisdorf mit 22 gegen 24, in Friedhof mit 31 gegen 33 Stimmen. Am 15. d. M. war im Kreisländer, am 16. im Reichenberger Bezirk die Wahlmännerwahl. Wie immer das Endresultat sein wird, sicher ist, daß die Sozialdemokratie in Nordböhmen durch diese Wahltagation riesige Fortschritte gemacht oder vielmehr zu Tage gefördert hat.

Modernes Stieberet. Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgendes vertrauliche Aktenstück:

Berlin, den 20. Dezember 1892.
Nachdem durch Erlaß des Herrn Reichsanwalters vom 12. November („Reichs-Anzeiger“ Nr. 271, Hauptblatt vom 16. November) die „Autonomie“, anarchisch-kommunistisches Organ, verboten worden ist, erscheint nunmehr unter dem Titel „Zerob Alledem“ Nr. 1. I. Jahrgang, London, 19. November, eine Zeitung, welche, abgesehen von dem neuen Titel und der auf der 4. Seite abgedruckten Angaben des Bruders: „Abdruck und Herausgegeben für die Anarchisten Deutschlands von ihren Anhängern im Auslande“, wörtlich gleichlautend ist mit der bereits unter dem Verbot fallenden Nummer der „Autonomie“ vom 19. November.

Die Redaktionen werden angewiesen, die bezeichnete neue Zeitschrift vollkommenfalls anzustellen und hierüber einzurufen.
Der Reichliche Ober-Direktor
Geheimer Ober-Postrat
Griesbach.

Großes Aussehen

— so wird aus Hagen geschrieben — hat hier die Rede Eugen Richters gemacht, worin er versichert, daß die Hagen Arbeiter etwa 4 Millionen Mark Ersparnisse besitzen. Einige Rateneile, die trotz eifrigen Suchens von diesen Ersparnissen nichts finden konnten, meinten, daß die fabelhaften Güter wahrscheinlich im Wunde liegen würden, und wenn Eugen dieselben öfter des längeren angehaut habe, so sei das Blech, daß er geschrieben und gesprochen, leicht erklärlich. Andere, die gleichfalls ihren Anteil vermissen, wollen Eugen auffordern, die Stelle anzugeben, wo dieser gemeinnützige Sucher begraben liege. Kurz, die Aufmerksamkeit ist groß; wenn Eugen nicht schüchtern Rückkunft giebt, so hat er es zu veranlassen, wenn eine allgemeine Suche nach verborgenen Schätzen angeht.

Eine drastische Illustration zu den sozialpolitischen Debatten, welche die „notleidende Landwirtschaft“ im deutschen Reichstage und im preussischen Abgeordnetenhause in Szene gesetzt haben, bietet uns eine Uebersicht über die **Abnahme des Getreidekonsums** seit der Einführung der Getreidezölle. Es ergibt sich aus den offiziellen Annahmen über Produktion, Ein- und Ausfuhr und Verbrauch zur Auslast folgendes:

Jahr	1879-80	1880-81	1881-82	1882-83	1883-84	1884-85	1885-86	1886-87	1887-88	1888-89	1889-90	1890-91	1891-92
Getreidekonsum	230	176	170	169	203	184	185	172	179	183	184	154	170

Seit Einführung der Getreidezölle zeigt sich also ein nur durch einige besonders günstige Jahre — resp. im Jahre 1882/83 durch eine gute Ernte und eine damit verbundene verstärkte Einfuhr in Erwartung einer neuen Zollserhöhung — unterbrochene Abnahme des Konsums, welche so stark ist, daß im letzten Jahre nur noch zwei Drittel des Quantum verzehrt wurden vom Jahre 1878/79 vor der Zollserhöhung. Das Durchschnittsquantum des Konsums in den 14 Jahren,

welche unsere Uebersicht umfaßt, betrug 177,8 pro Kopf, läßt man aber das Jahr vor Einführung des Getreidezolles außer Betracht, so stellt sich in den folgenden 13 Jahren der Konsum auf nur 173,8 pro Kopf. Zieht man die Jahre in Gruppen vor und nach der letzten Zollserhöhung, so ergibt sich, daß in den 9 Jahren von 1879/80 bis 1887/88 der Konsum, welcher, wie aus der Tabelle ersichtlich, vor Einführung von Getreidezölle bis zu 230 kg gestiegen war, bis auf 180 kg pro Kopf zurückgegangen war, daß aber der Konsum in den 4 Jahren 1888/89 bis 1891/92 d. h. unter der Herrschaft des 5. Mark-Polles nur noch 159,7 kg pro Kopf betrug. Diese Zahlen liefern den unumstößlichen Beweis, wie bedeutend sich die Ernährung des Volkes unter der Herrschaft des Getreidezolles verschlechtert hat. Der Rückgang des Getreidekonsums ist bereits wiederholt anderweitig nachgewiesen; der Rückgang des Getreidekonsums tritt als ergänzendes Charakteristikum hinzu. Ein immer größerer Teil des deutschen Volkes sieht sich hiernach in die Lage gedrängt, auf den Fleisch- und Brotkonsum zu verzichten und lediglich mit Kartoffelnahrung vorlieb zu nehmen, wie dies bei den Armen schon seit langem der Fall ist.

Veron B. Reichgrüder

der Chef des Bankhauses S. Reichgrüder, der reichste Mann in Berlin, ist gestorben. In dem ihm gewidmeten Nachruf wird ihm nachgerühmt: „Er hatte das zu Anfang des Jahrhunderts von seinem Vater mit bescheidenen Mitteln gegründete Bankhaus S. Reichgrüder zu hohem Ansehen gebracht. Im Jahre 1865 leitete er dem Fürsten Bismarck einen außerordentlichen Dienst durch die Beschaffung der für die gegen Österreich geplante Mobilmachung notwendigen Geldmittel und war auch später stets im Sinne der Bismarck'schen Politik bei großen finanziellen Transaktionen thätig. In allen wichtigen Finanzangelegenheiten pflegte Bismarck seinen Rat einzuholen.“ Reichgrüder hat mit seiner patriotischen Bankierthätigkeit gar kein so schlechtes Geschick gemacht, denn er hat nicht weniger als etwa 100 Millionen Mark hinterlassen. Danach sind seine Verdienste zu bemessen. Ueber die Hinterlassenschaft des Verstorbenen werden verschiedene Angaben verbreitet, die zwischen 70 und 100 Millionen M. schwanken. Nach Ansicht der dem Abgeordnetenhause vorgelegten amtlichen Listen er für das Jahr 1891/92 als reichster Berliner mit einem Steuerfuß von 88 200 M. zur 77. Steuerstufe eingeschätzt, welche einem Einkommen von mehr als 2 940 000 M. einschließt, 3 000 000 M. entspricht. Mit höheren Steuerfüßen waren nur noch 3 Personen in Preußen eingeschätzt, eine Person im Regierungsbezirk Duppeln zur 90. Stufe mit 3 7/8 Mill. Einkommen, ferner Reichgrüder zur 97. mit 4 1/2 Mill. und Krupp zur 127. Steuerstufe mit über 6 Mill. Mark Einkommen.

Eine heftige Ständelaktion

ereignete sich am 16. Februar im österreichischen Abgeordnetenhause. Der geschickte Heißsporn Dr. Bofasy hielt eine Brandrede und verlas dabei einen Erlaß des Präsidenten des obersten Gerichtshofes, Dr. v. Stremayr, welcher davon handelt, daß Gerichtsakten, die „in einer fremden Sprache“ abgesehen seien, ins Deutsche übersetzt werden müßten. Unter den „fremden Sprachen“ waren hier nicht die ausländischen, sondern die im Inland üblichen nichtdeutschen Sprachen, als jiddisch, polnisch u. s. w. gemeint. Demgegenüber war auch zweifelslos der betreffende Ausbruch in dem Erlaß des Herrn Dr. v. Stremayr inoffiziell. Der Gegenstand es aber nicht, das zu konstatieren. Sie erhoben einen vielschichtigen wüsten Lärm, dessen der Präsident des Hauses erst nach mehreren Minuten Herr zu werden vermochte. Besonders ausgezeichnet hat sich in diesem Spektakel der hochgeborene juristische Abgeordnete Graf Kamnitz, welcher dem Justizminister Grafen Schönborn die Worte zuschrie: „Unverschämte Veantennabgabe.“ Graf Schönborn erhob sich mit den Worten: „Ungehört! Eine solche Sprache kann ich hier nicht dulden“ und entfernte sich aus dem Saale. Wäre Graf Kamnitz nicht zufällig Graf, sondern ein x-beliebiger Liberaler oder Demokrat, wie könnte man da über die Verrohung des Tonos, über eine niedrige Sprechweise sich mokieren, zu der man nicht herabsteigen könne. Erst vor wenigen Tagen hat der Unterrichtsminister Baron Gutschik sein vornehmstes Kalenrumpfen vor dem Hause demonstriert.

weil der Abg. Dr. Kronawetter sich die recht harmlose Wendung erlaubt hätte, daß die Getreidekosten „festen“. Mit dem Grafen Kamnitz wird man wahrscheinlich garer umgehen. Denn, wie schon der Name sagt, Graf Kamnitz ist ein Graf, und Graf Schönborn auch einer, und — ein Graf hat den andern kein Auge aus. Graf Kamnitz hat inzwischen seinen Ausbruch rektifiziert.

Die heitere Episode

berichtet das „Neue Wiener Tageblatt“ aus dem ungarischen Abgeordnetenhause. In einer der letzten Sitzungen kam es gegen das Ende derselben zu bewegten Szenen, die einen sehr komischen Abschluß fanden. Ein oppositioneller Abgeordneter, der nach halb 2 Uhr zum Wort aufgerufen wurde, bat den Präsidenten um die Erlaubnis, wegen vorgerückter Zeit seine Rede morgen halten zu dürfen. Die Rechte sprach sich dagegen, die Linke dafür aus, und der Präsident ordnete die formelle Abstimmung darüber an, ob das Haus dem Abgeordneten gestatten wolle, seine Rede erst morgen zu halten. Am reichte die Opposition mit Berufung auf den § 176 der Hausordnung einen schriftlichen Antrag ein, die Abstimmung auf den nächsten Tag zu verschieben. Damit stellte also die Opposition das erregliche Verlangen, daß morgen abgestimmt werde, ob der Redner heute sprechen soll. Bergheims betonte der Justizminister, daß der bezügliche Paragraph nur bei großen Debatten Anwendung finden dürfe, und Julius Horvath, selbst ein Oppositioneller, rief, daß die Annahme des Antrags einen Standal bedeuten und das Abgeordnetenhause lächerlich machen würde. Die Opposition verharrete aber auf ihrem Antrage und so ging das Haus theatralisch mit dem Beschluß auseinander, daß morgen die Abstimmung darüber vorgenommen werden wird, ob ein Redner heute sprechen soll oder nicht.

In Belgien

rechnet die Regierung offenbar bereits mit der Möglichkeit einer Revolution im Anschluß an die Verzögerung des allgemeinen Wahlrechts. Die liberale Central-Sektion in Brüssel hat den Regierungsentwurf, betreffend die Verhängung des Belagerungszustandes über alle Zugänge zum belgischen Parlamentsgebäude und zum königlichen Palais in Brüssel, angenommen. Die liberale Presse bezeichnet die Maßregel als eine willkürliche, denn selbst in den unruhigsten Tagen der Vergangenheit wäre dem Publikum der Zutritt zu diesen öffentlichen Plätzen nie verweigert worden. Inzwischen beschäftigt sich die Kammer, anstatt sich energig mit der Verfassungsrevision zuzuwenden, mit den niedrigsten Dingen. Am Freitag fand eine Interpellation des Deputierten Ansgar zur Verhandlung, wegen eines Tabeles, den der Kriegsminister gegen den Obersten Beyerliou ausgesprochen hatte, weil letzterer eine in der Deputiertenkammer von dem liberalen Deputierten Bocke anlässlich eines Duells getragene Keuseung abfällig kritisiert hatte. Der Kriegsminister hielt den Tadel aufrecht. General Brialmont (Vize) erbot Einsprache und erklärte, Bocke habe sich einer Feigheit schuldig gemacht, worauf ein heftiger Tumult ausbrach. Brialmont wurde zweimal zur Ordnung gerufen. Hierauf nahm die Kammer eine Tagesordnung an, die die Ausführungen der Regierung billigt.

Leipzig, 21. Febr.

Dr. Erwin Bauer, Redakteur der antimilitarischen „Neuen Deutschen Zeitung“, wurde heute vom Schöffengericht zu 100 M. Geldstrafe verurteilt, weil er in Nr. 187 des vorigen Jahrgangs genannten Blattes von einem israelitischen Herbedehändler S. behauptet hatte, daß derselbe schon eine längere Freiheitsstrafe verbüßt habe, während derselbe thatsächlich vollkommen unbescholten ist. — Ingenieur Karl Paasch ist, wie antimilitarische Blätter melden, Sonntag vormittag wegen Beleidigung des Staatsministeriums auf Grund eines vom Berliner Landgericht erlassenen Haftbefehls verhaftet worden. Seine Wiederverhaftung bezieht sich auf die bekannte Druckschrift „Eine Protesteingeabe“, worin der Justizminister v. Schelling heftig angegriffen wird; ferner auf eine an die verschiedenen Parlaamente gerichtete „Erklärung“, welche angeblich schwere Ausfälle gegen den Reichszentraler enthält. — Oberbauern (Rehprin), 19. Februar. („Volkshg.“) Wegen eines die sozialdemokratischen Führer beschimpfenden, aufreißenden Flugblattes, das von anarchischer Seite herausgegeben und unter den Bergarbeitern stark verbreitet

lange ich mit Margarethe verlobt war, dürfte ich Dich als gewissenhafter Mann nicht lieben.“
„Als gewissenhafter Mann — was meinst Du damit, Roland?“
„Daß mein Gewissen, mein Gefühl für Recht und Unrecht es mir verbietet, Dich zu lieben, so lange ich eine andere meine Braut nenne.“
„Ah — jetzt verstehst Du mich. Willst Du mir jetzt Deines Vaters Brief vorlesen — weiß er, daß Du mich liebst?“
„Ja, er weiß mehr als ich ahnte, Richard Bane muß ihm reinen Wein eingeschenkt haben, als er mich damals nach jenem dummen Walle mit nach Langley nahm.“
„Weshalb sollte er das getan haben?“
„Um meinen Vater zu veranlassen, mich von London nach Hause zu rufen.“
„Um Dich deiner Schwester zu sichern?“
„Nein, Richard Bane ist nicht der Mann, um eigenen Vorteils willen etwas zu thun — wenn er meine Verbindung forderte, so that er's um meinwillen. Er fürchtete, ich möchte in London —“
„Roland bist stotternd nie und drehte verlegen seinen blonden Schnurrbart, aber Jolly hatte ihn schon verstanden.“
„Richard Bane fürchtete meinen Einfluß auf Dich?“
„Wahrscheinlich — aber —“
„Und Dein Vater fürchtete, Du könntest Banes Schwester heiraten?“
„Es mag wohl so sein.“
„Jolly begann klar zu sehen.“
„Und jetzt willst Du Dein Vater Deine „gewissenhafte“ Liebe zu mir?“
„Er beschränkt wenigstens meine Neigung in keiner Weise und er hat mir unbedingten Kredit bei meinem Bankier eröffnet — sind das keine guten Neugierigkeiten, Jolly?“

Jolly versank in's Simen und äußerte endlich nachdenklich: „Als Du Deine Verlobte „gewissenhaft“ liebst, hast Du doch auch gewiß Zukunftspläne gemacht, nicht wahr, Roland?“
„Ei freilich — ich beghe den festen Voratz, ihr immer treu zu bleiben und das will ich auch Dir gegenüber thun,“ entgegnete Roland lebhaft; er hatte die Empfindung, sich sehr gut aus der Affaire zu ziehen.
„Wenn Du die Absicht hegst, Margarethe immer treu zu bleiben, wollest Du sie doch auch wohl heiraten?“ setzte Jolly ihr Examen fort.
„Roland starrte in tödlicher Verlegenheit zu Boden; Jolly hatte ihn in seiner eigenen Schlinge gefangen.“
„Nun, Roland, weshalb schweigst Du?“ fragte Jolly ernst, „nicht wahr. Dein Vater hat Dir den unbedingten Kredit bei seinem Bankier eröffnet, damit Du mich heiraten kannst?“
„Stübende Rote stieg in das Gesicht des jungen Mannes. Jolly blickte ihn forschend an und fuhr dann fort:
„Sir Aveling ist demnach der Ansicht, es werde für Deine künftige Stellung als Parlamentsmitglied und Friedensrichter günstiger sein, wenn Du die Tochter eines —“
„Ei hielt inne, denn sie konnte das Wort, welches ihr auf der Zunge lag, nicht ausprechen und dann schloß sie: „ein im Aemterhause geborenes Mädchen zu Deiner Gattin zu machen, als die gute brave Schwester eines anständigen Mannes.“
„Jolly — ich will keine Lüge ausprechen,“ sagte Roland, „all seinen Mut zusammenfassend,“ mein Vater läßt mich lieber tot im Sarge, denn als Deinen Gatten!“
„Jolly sah ihn rasch, durchdringend an.“
„Hast Du noch mehr solcher „guter Neugierkeiten“ für mich?“ fragte sie kurz und hart.
„Roland lenkte das Haupt ab und schwieg.“
„Jolly wurde leichenblau, die Hand suchte ihr und wenig

sehte, so hätte sie Roland vor allen Leuten einen Schlag ins Gesicht verfehlt. Wie hatte er es wagen dürfen, ihr diesen tödlichen Schimpf anzuthun? Das sollte er büßen.
„Jolly,“ begann Roland leise und zögernd, „ich habe mehr gesagt, als ich sollte, aber ich hoffe, daß Du trotz dieses Mißverständnisses —“
„Es handelt sich hier nicht um ein Mißverständnis,“ unterbrach ihn Jolly, „sich mit unerwünschter Kraft beherrschend, „ein solches hätte nur entstehen können, wenn Du mir etwas verschwiegen hättest. Ich verstehst alles — Deinen Vater und Margarethe sehe ich so deutlich vor mir, wie ich Dich sehe!“

(Fortsetzung folgt.)

Seiters.

Die Sache des Kritikers. Der Redakteur des „Gothaischen Tageblattes“, Herr Karl Vohsart, hat bekanntlich in Aelterhaußen recht eigenartige Gefängnisstudien gemacht. Es ist nun amtlich, wie er sich dafür rächt; in einer Opernritze über „Iphigenie“ bemerkt er: „Der Reichardt hat die Rolle des „Minister“ wesentlich höher gegeben, als man es von ihr gewöhnt ist.“
„Recht bemerkt,“ war der Gedanke in ungedruckerter Naturdicht befangen, wenn er glaubte, im Gefängnis werde es durch die Anstalt des Minister's besser. Im gothaischen Musterstaat wenigstens ist das Gegenstück der Fall. Von der Regie freut und verlohnt, daß sie den Befangenen vergangener Jahrzehnte entziehen eine anständigere Behandlung zu teil werden ließ, als die gothaische Staatsstrafe von heute. Unter letzterer bleibt es gewiß niemand, der es gewagt, die Wahrheit sagen zu lassen, im Gefängnis zwei Jahre aus, wenn sie auch zu Bismarck'schen Beweismitteln nicht greift! ... Herr Vohsart hat natürlich die Lächer auf seiner Seite.
Politischer Philosph. Casse: „Was ist des Deutschen Vaterland?“
„Ist's Vaterland, ist's Vaterland?“ fragt doch der berüchtete Herr Wirth nicht in einem Liebe. — Weß Wunder, wenn er heute zu Miquel's Seiten gelebt hätte, wüßte er's: „Ist's Vaterland.“

worden sein soll, sind hier und in der Umgegend Haus-
ladungen abgeholt worden. Bei dem Bergmann Glafer
sind mehrere hundert Mark bares Geld und ein Posten Flug-
blätter konfisziert worden. Derselbe wurde beim Verlassen
der Grube verhaftet und gefesselt nach dem Gefängnis trans-
portiert. Er erklärte, unschuldig zu sein.

Deutscher Reichstag.

47. Sitzung vom 18. Februar, 1 Uhr.

Abg. Schaber (freil.): Auf die Klagen über das Gesetz darf man
meines Erachtens doch kein zu geringes Gewicht legen. Wir hören sie ja
zu verschiedenen Interessentenkreisen. Und wenn überein noch all-
gemeine Beschlüssen mit einer außerordentlichen Unterfertigung auf
zu gelangen, dann werden die Klagen doch ein näheres Eingehen.
Wir haben keinwegs Gegner einer Alters- und Invaliditätsversicherung.
Für unsere Arbeiter, unsere Gewerkschaften ist nicht viel gegen die ge-
wöhnliche Form der Versicherung. Wir haben erlebt, welche heftige Ge-
genstände durch das Krankenversicherungsgesetz geschaffen worden sind; es ist
Zwang zwischen die Kräfte und zwischen die verschiedenen Klassen ge-
worfen worden. In dem Maße, in dem die Invaliditätsversicherung von und vor
allem unzulänglich die darin liegende Anerkennung der Prinzipien der
sozialistischen Staats. Man hat nun bereits von verschiedenen
Seiten Änderungsversuche gemacht. Um aber dieselben uns besser
zu informieren, haben wir zunächst statistisches Material verlangt.
Zwar hätte man mit der Ausdehnung des Gesetzes jedenfalls sehr
vorwärts sein.

Abg. Müller (niedl.): Ich halte es für ausgeschlossen, dass man das
Gesetz als Ganzes wieder aufhebt. Es könnte sich höchstens darum
handeln, insoweit es abzuändern wäre. Für die nur periodisch be-
schäftigten sowie besondere Bestimmungen getroffen, die Beiträge sollten
in der Norddeutsche Meer- und Küstenfahrt die Krankenversicherung und
Kommunen, wie z. B. in Südbahnhofen, eingeschlossen werden.
Das Gesetz aus dem Versicherungsfonds ein Privatversicherungs-
das Baues von Arbeiterwohnungen gegeben worden ist, ist mit nicht
befannt geworden. Ich würde das auch nicht billigen können. Da-
gegen hätte ich es für durchaus angebracht, daß Gesellschaften für ge-
meinnützige Zwecke auch zum Bau solcher Wohnungen Geld gegeben
wird. Freilich muß man dabei sehr vorsichtig sein, denn man muß
immer im Auge behalten, daß für das verwendete Geld pupillarisches
Eigentum geschaffen werden muß.

Abg. Müller (niedl.): Nicht nur die Sozialdemokraten haben ein In-
teresse an der Erhaltung des Gesetzes, Herr Abg. Barth, sondern auch
die Arbeitgeber, die sehr wohl erkannt haben, daß dasselbe eine günstige
Wirkung auf das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern
geht hat. Ich habe denn auch von den wichtigsten Klagen über
das Gesetz wenig gehört. Erstlich gelangt wird überhaupt nur über
die niedrigen Gehälter. Aber gerade in diesem Punkte wird es nie ge-
lingen, allgemein zufriedenstellende Bestimmungen zu treffen. Mit
einer Änderung des Abschlags und Einziehung der Beiträge durch
die Krankenkassen wäre auch nach meiner Ansicht eine vorläufige
Besserung zu erzielen. Ich würde mich für eine Zwangsversicherung
eine große Minderheit für den Arbeiter und würde, daß dieselbe
immer noch weiter ausgedehnt wird. Bezüglich der Errichtung von
Arbeiterwohnungen aus dem Versicherungsfonds sehe ich im großen
Ganzen auf dem Standpunkt des Abg. Müller. Es müssen bei der
Errichtung solcher Institute ebenfalls alle gesetzmäßigen Vorschriften
geachtet werden.

Abg. Müller (niedl.): Ich wiederhole, daß ich es für unmöglich halte, das
Gesetz aufzuheben. Was man sich die eingegangenen Verpflichtungen eben
nicht einfach aus der Welt schaffen. In dem Gesetze liegt keineswegs
eine Anerkennung unserer Prinzipien, die Staatsgewalt hat nun dem
Zwange der öffentlichen Meinung nachgegeben. Sozialistisch kann der
Wahnsinn des Gesetzes schon deshalb nicht sein, weil der Arbeitgeber
immer behält ein Mitspracherecht, für den Arbeiter auf dessen
Zohn anzurechnen. Das Gesetz steht auch ganz auf dem Boden ihrer
Gesellschaftsordnung. Es war uns übrigens interessant, daß in der
Angelegenheit des Abg. Barth eine Anerkennung lag, daß der sozialistische
Staat doch eines Tages kommen könnte. Herr Richter sagte dagegen
neulich, der sozialistische Staat sei eine Utopie, ein Un Ding. Bezüg-
lich der Arbeiterwohnungen ist man, es ist kein Widerspruch der Ver-
sicherungsgesetz zu solchen Zwecken zu befürchten. Es ist aber Zula-
de, daß sich auch Arbeitgeber um Darlehen aus dem Versicherungsfonds
bewähren haben. Demgegenüber haben wir doch Grund zu
Misstrauen. Die Erfahrungen, die mit den Arbeiterwohnungen seit
Jahren gemacht worden sind, rechtfertigen das vollkommene.
Die Nachteile sehen in keinem Vergleich zu den Vorteilen, die den
Arbeitern mit der Arbeiterwohnungen. Aber man nimmt
heute vom Regierungskomitee die Arbeitgeber immer in Schutz.
Die Arbeitgeber haben auch mehr die Möglichkeit, die Gesetze zu umgehen.
So wird es auch sein in den von mir erwähnten Fällen der Kürzung des
Lohnes um den Betrag der bezogenen Rente. Den Fall der Wieder-
einziehung einer in erster Instanz gewährten Rente hat der Staats-
sekretär gänzlich erwähnt. Er hat es auch vermerkt, daß die
Beschwerden bezüglich der periodisch beschäftigten Arbeiter zu führen.
Staatssekretär v. Bötticher: Eine zu Unrecht bezogene Rente wird
natürlich zurückgezahlt werden müssen. Ich erkenne aber an, daß da-
bei hätten nach Möglichkeit vermieden werden sollten. Ein Erlaß der
Rückzahlung aber würde nur auf Kosten der übrigen Beschäftigten ein-
treten können. Die periodisch beschäftigten Arbeiter sind in der Sache,
die die Vorteile des Gesetzes selbst zu sichern, es bedarf ja zu keinem
neuen Gesetz.

Abg. Müller (niedl.): Das Gesetz hat den Arbeitgebern
unabweislich große Pflichten auferlegt, sie tragen dieselben aber gern
im Interesse der Besserung der sozialen Verhältnisse. Auch in den
Rechnen der Arbeitervereine ist das Gesetz immer mehr anerkannt,
und das wird sich mehr in die Entwicklung treten, wenn erst mehr
Mittelstenden bezogen werden. Die Gesetzgebung der letzten Hand-
werker und Gewerbetreibenden, die im Gesetze vorgesehen ist, kommt
wohl nur deshalb im geringen Umfang zur Anwendung, weil in
diesem Falle die betreffenden den vollen Beitrag selbst bezahlen müssen,
in dessen Zahlung sich sonst Arbeiter und Arbeitgeber teilen.
Schaber (freil.) bemerkt dem Abg. Müller gegenüber, daß die
Gründende des Gesetzes keineswegs den Prinzipien der sozialdemo-
kratischen Partei sehr weit entgegenkomme.
Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt.
Sobann wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr vertagt.
(Auskund: Epitaphier Handelsvertrag.)
Schluß 6 Uhr.

Parteinachrichten.

Berlin. In der Verhandlung des „Vorwärts“ sind bis jetzt
2 1/2 Millionen Exemplare des Flugblattes, enthaltend die Rede Hebbel
vom 3. Februar, bestellt worden. Außerdem wird eine Broschüre her-
gestellt, welche die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten der
Reichstagskammer vom 31. Januar bis 7. Februar enthält.
Galtverhandlungen. Die Reichstagskammer des Abgeordneten
Ernst Hasenpforten hat der Redakteur der hiesigen sozial-
demokratischen „Sonntags-Bl.“, Herr Martin, unter Vorlage. Er
hatte die bekannte Äußerung des Dr. Komen, „in der ganzen
sozialistischen Presse von der ersten Nummer des früheren „Sozial-
demokrat“ bis zur letzten Nummer des heutigen „Vorwärts“ werde
der im Parteinteresse geschriebene Artikel nicht nur gelöst, sondern
auch veröffentlicht“ an demselben, außerdem aber zur Charakteristik
des Dr. Komen einen Vorfall aus dessen früherer Amtszeit in
Frankfurt a. M. mitgeteilt, wo Dr. Komen bei Gelegenheit einer An-
frage gegen einen Parteigenossen mit dessen Verteidiger Dr. Hohlheim
zusammengedrungen war. Dr. Komen hatte die Ungleichheit auf seiner
Seite in diesem Fall behauptet. Dr. Hohlheim hatte die Ungleichheit
des infamierten Artikels in mehreren Punkten festgestellt. Da zum
Kampferverhandlungstermin nur Dr. Komen, nicht Dr. Hohlheim ge-

lassen war, beschloß das Gericht, gemäß dem Antrage des Verteidigers,
Rechtsanwalt Heine aus Berlin, die Vertagung. Der neue Termin
kann interessiert werden, da Dr. Komen sich erboten hat, den Parte-
heitsbeweis für seine Behauptung zu erbringen.

Aus Stadt und Land.

Wie diesen und jenen werden Sie, und von allen wünschenswerten Beschlüssen letzten
Kamers beabsichtigt wird, wenn, damit wir in dem Sinne gehen werden,
von der Regierung, welche, keine Ausnahme zu machen, wird, erlassen die
Gesetze, die die soziale Bestimmungen aus dem sozialistischen Parteiprogramm zu be-
stehen und sind ganz richtig, ohne einseitigen Boden zu verlassen.

Salle a. S., 22. Februar 1893.

Das Spielten der Arbeiter-Marxistall ist bei Herrn
Schönemann in der „Kaiser-Wilhelms-Halle“ verpönt. Dies
musste am Sonntag resp. Montag früh auch der Gesangs-
verein „Einigkeit“ erfahren, der in genanntem Lokal ein Ver-
gung abhielt. Als nämlich die Musik in einem Tanz-
pauze auf die Marxistall zum Vortrag brachte, opponierte
der Herr, Herr Schönemann, in erregtem Tone gegen das
Weiterspielen, so daß sich der Verein infolge der An-
forderungen, die dadurch entstanden, genötigt sah, freierabend
zu machen. Wenn wir nicht irren, hat sich zwischen diesem
Herrn und einem anderen Verein schon bei einer früheren Ge-
legenheit ein ähnlicher Vorfall abgespielt, so daß man sich
doch unwillkürlich fragen muß, was Herr Schönemann be-
rechtigt, den Arbeiter-Vereinen gegenüber eine solche Ver-
ordnung auszusprechen. Wohlfeinlich wird er sich nicht ver-
anlaßt fühlen, dagegen einzuschreiten, wenn „Deutschland,
Deutschland über Alles“ oder andere patriotische Lieder zum
Vortrag gebracht werden; ob nun die Marxistall, die un-
beaufhandelt aus dem Verkauf gepfeift wird, von den Ar-
beitern bei ihren Vergnügungen auch gehört oder gelungen
werden darf, das darf unserm Erachtens nicht in das Er-
messnis des Herrn Schönemann gestellt werden, umsoweniger,
als derselbe gerade von den Arbeitern einen bedeutenden Zu-
spruch hat. Lassen sich die Arbeiter dieses gefallen, dann
dürfen sie sich auch nicht beschweren, wenn ihnen seitens der
Herrn Wirte weitere Einschränkungen auferlegt werden. Es
dürfte deshalb angezeigt erscheinen, daß diejenigen Arbeiter,
welche nach dieser Richtung mit Herrn Schönemann schon zu
tun hatten, dies in der Versammlung am nächsten Montag
zum Ausdruck bringen; das Konto der Partei bedarf hier
einer Beilegung.

Eine Vornamtsliste entzogen wurde dem Eisen-
sch. von hier, weil derselbe Dissident ist. Als Sch. am
1. Dezember 1891 die Vornamtsliste antrat, gehörte er noch
der evangelischen Landeskirche an, ist aber später ausgetreten.
Die Fortschritte der Technik haben fast immer neben
den Vorteilen, die sie bringen, auch ihre Schattenseiten im
Gesetze. Neben der Konkretheit, welche die Maschine dem
Arbeiter bereitet, sind es zum Teil auch ganz erhebliche Ver-
schlechterungen der sanitären Verhältnisse in den Werkstätten,
welche derselbe bei seiner Beschäftigung mit in den Kauf
nehmen muß, und stehen nach dieser Richtung die so-
zialistischen Gesetze obenan. Man muß ein solches Ding in
Tätigkeit gesehen haben, um an dem Fruchtsprühen, welche
dasselbe im Betrieb verursacht, die Staubentwicklung er-
kennen zu können, welche dadurch bedingt wird, und durch
welche die menschliche Gesundheit langsam zwar, aber sicher
untergraben wird. Nach Lage der Sache dürfte eine Be-
seitigung dieses Uebelstandes erst im Laufe der Zeit zu er-
warten sein, was aber jetzt schon geschehen kann, ist die Auf-
stellung der Maschine in einem abgegrenzten Raum, um
wenigstens die Arbeiter, welche nicht direkt an der Maschine
zu thun haben, vor Schädigungen durch deren Tätigkeit zu
schützen. Dies müssen wir auch befürworten in bezug auf
die persönliche Maschinenfabrik, in welcher der solcher Schmirgel-
arbeiten über einen Arbeitsraum verteilt sind, wodurch sämt-
liche in dem Raume beschäftigte Arbeiter in Mitleidenschaft
gezogen werden. Allerdings, die Arbeiter sollen augenblin-
dlich nicht um wie die Fliegen; nach andeuten, Einfluß
der Mischstäube wird aber die Schädigung nachher um so
gründlicher eingewurzelt sein, weshalb ein Eingreifen der
Fabrikinspektion wohlberechtigt erscheint. Kann auch
nicht die Staubentwicklung vollständig beseitigt werden, wie
dies gerade im Interesse der direkt an den Maschinen be-
schäftigten Arbeiter zu wünschen wäre, so muß doch die An-
stellung der größten Uebelstände unbedingt ins Auge gefaßt
werden.

Ein rakt angeregter Wunsch erregte gestern abend
in der Märkerstraße, den. Wollweber, des. Wollweber, wem er
dieselben befristete und bei dieser Gelegenheit auch zum
Wasser gegriffen haben soll. Von einem herangezogenen Po-
lizeibeamten wurde er trotz seines Widerstandes im Restaurant
„Aldam“ arrestit.

Der sozialdemokratische Verein für Gledienarbeit,
Krollwitz und Trotha hält morgen (Donnerstag) nach Auf-
hebung des der Cholera halber erlassenen Verbots wieder
die erste seiner regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen ab.
In einem Vortrage über „Die neue Komödie der Agrarier“
wird Genosse Mittag die Vorgänge im „Zitoll“ zu Berlin,
die sog. Bauernbewegung, einer Kritik unterziehen, was zu
einer interessanten Besprechung der Versammlung besonders
beitragen und den Besuch derselben somit zu einem lohnenden
machen dürfte.

Vereine, Versammlungen etc.

Am Sonntag den 18. Februar hielt der Verein zur
Wahrung der Interessen der Arbeiter, Dreher und
Verursagen zu Halle a. S. und Umg. eine regelmäßige Ver-
sammlung im Restaurant zum „Rüben Brunnen“. Auf der
Zugordnung stand: 1. Vortrag über das moderne Raubrittertum.
2. Bericht über den am 1. Februar im „Rüben Brunnen“ statt-
gefundenen Vortrag. Redner schilderte zuerst das Entzihen des
Rittertums in früheren Zeiten aus dem Erblich der Edlen. Absonn
das Entzihen des Raubrittertums, von welchem es verschiedene
Spezialitäten gab. Einige legten sich auf das Wüthen des Kauf-
manns, andere plünderten den Landmann und eine Sorte hatte es
trotz der Veränderung den Städten abgesehen, so daß die Be-
bauten Mauern und tiefen Wälle aufzurufen, die Kaufleute nahmen
die Edler an und machten gemeinsam ihre Varenzüge, so daß sie

treibende Landmann kam am leichtesten dabei weg, da sie bald dieser,
bald jener überließ, wodurch er sich genötigt sah, mit einem solchen
Raubritter einen Vertrag abzuschließen und ihm ein bestimmtes
Quantum an Getreide abzugeben, für dessen Zahlung er sich ver-
pflichtete, wodurch späterhin die sogenannten Schutzmänner ent-
standen. Dadurch erlitten jedoch die Raubritter immer mehr Schaden,
da ihnen die Erträge der Bauern noch als Restige dienen mußten.
Dies waren jedoch nur kleine untergeordnete Erträge gegen die her-
ausgehenden Fortwachen moderner Raubritter. Redner schilderte dann die
Bedeutung dieser mit Raubritter-Fortwachen, denn natürlich die Ängeln
abgeschliffen seien. Es tritt aber immer noch in verschiedenen Ge-
genden weiter gefliht. Auf die Kornhöfe, das Ideal der Agrarier, ein-
gegangen, unterzog Redner die letzten einer scharfen Kritik, darauf hin-
weisend, daß, als vor zwei Jahren in Bremen das Gesetz über die
Einkaufsverpflichtung in Kraft trat, sich herausstellte, daß mit einem
Gesetze 40 Millionen Nationalmarken für den Staat zu war.
Dieses ist doch nicht in einem Tage zu angemessen. Eine andere
Spezies der großen und modernen Raubritter schilderte Redner im
Anschluß an die seit einigen Jahren raubritterartigen Land-
bauten, wie z. B. in Leipzig, Berlin, Halle, Magdeburg u. s. w., wo mei-
stens die Herren Direktoren verschwand, aber sich das Leben nehmen,
wie gesagt war, mit für noch ein feinerer Vorgehen haben. In dem
modernen Raubrittertum seien jedoch die Herren Bauern zu betreten,
wie seinerzeit einer sogar die vielen erpärten Erträge seines Dien-
stmanns nicht schonte, ohne die faulen Fälle, welche immer noch so
viel zu möglich verschwiegen und von unserer guten Gesellschaft mit
einem Schilde umhüllt werden, nur daß die bösen Sozial-
demokraten nicht davon erfahren. Diese ist nicht das Beste, was
unsere heilige Gesellschaft vor dem Bankrott retten würde. Es ist
jedoch ihrer Dränger einzigermaßen erweisen konnte. Der Redner
läutet dann noch die letzten Vorgänge im Reichstage, das Verhalten
der Jüderbarone und Schnapbarone, sowie die Thatsache, daß es bis
bald ganz Grundbesitzer, die sogenannten Reichsbeamten gab, aber
dieser Beamten zum Entzihen der Vermögensgegenstände, was von
dem Staat 13 1/2 Millionen Mark ausgeht bekommen. Wenn man
solche Summen vergleicht mit dem Einkommen der Arbeiter, haupt-
sächlich mit dem Ertrage der Frauenernte, so müßten doch der arbeiten-
den Bevölkerung die Augen aufgehen. Dieses ist aber leider oftmals
nicht der Fall und forderte der Redner die Aufmerksamkeit auf, sich des-
halb so viel wie möglich den Arbeiterorganisationen anschließen, die
wichtig für diesen befinden sich in ganz gleich. In dem Maße, in
welchem die Arbeiterorganisationen mehr geliebt werden. Wenn dieses
der Fall ist, so hätten wir schon einen großen Schritt getan, um das
moderne Raubrittertum zu bekämpfen. Großer Erfolg lohnte den
Redner für den Vortrag. — An der darauffolgenden Diskussion nahmen
mehrere Kameraden teil, worauf zum zweiten Male der Tagesordnung
übergegangen wurde. Es wurde einige Fragen zum Vortrage
der Fragesteller beantwortet und dann nach Regelung einiger unter-
geordneter Kleinigkeiten die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Am Sonnabend den 18. Februar hielt der Verein für Natur-
heil und zu Weichen in im Restaurant „zur guten Quelle“
eine öffentliche Mitglieder-Versammlung ab, bei der Tagesordnung:
1. Ueber Stropheln und deren naturgemäße Behandlung. 2. Ueber
Vorrichtungen an einer lebensgroßen Figur (Kuppe) von Hrn. Trübner.
3. Vorkundmachung. Hr. Trübner legte die Gründe der Strophel-
krankheit dar und sagte u. a.: Die Stropheln sind eine weiterverbreitete
Krankheit in den unteren Volksschichten. Dieselbe kann schon an
jüngeren Jahren, aber auch am Alteren werden durch falsche Nahrung,
falsche Luft, falsche Wohnungen, Unreinlichkeit, falsche Körperpflege.
Darum ist es Pflicht, daß einer den anderen aufkläre. Die äußeren Stropheln treten gewöhnlich auf an den Beidseitigen des
Körpers (Augen, Ohren, Nase). Werden sie nicht in den Kinderjahren
geheilt, so tritt beim Erwachsenen Zuerst ein. Redner erklärte,
daß die äußeren Stropheln in 14 Tagen zu heilen seien. Hieran
schloß sich eine naturgemäße Behandlung der Stropheln, welche
Umschläge und Bäder an einer lebensgroßen Figur vorgeführt. Unter
der sachlichen Leitung des Hrn. Trübner wurden dieselben von
verschiedenen Mitgliedern nachgemacht. Die exakte Ausführung der
Bedingungen soll oft Wunder wirken, so daß die Anwendung derselben
für Ermüdung sowohl wie für die Kinder bedeutende Vorteile in Be-
zug auf die Heilung im Gefolge hat. Die Naturheilung der Stropheln
wurde von Hrn. Trübner bereitwillig und allgemein verständlich
beantwortet. Im zweiten Punkte der Tagesordnung (Wor-
handlung) wurden folgende Mitglieder gemeldet: Stropf, Kretin,
Weber, Walter, Trübner, Jahn und Frau Stoll. Hierauf wurden noch
verschiedene Vereinsangelegenheiten erörtert und darauf die interessante
Versammlung geschlossen.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 20. Februar. Die heutige Schwurgerichtssitzung verhandelte
über den Fall des Diensthilfs Theodor Rannas aus Zeitzschenthal,
der am 2. Januar 1893 in Zeitzschenthal, 20 Meilen von Zeitzschenthal,
ein Kind der Ehefrau des Ehepaars, welche sich am 3. Oktober
v. J. auf dem Rittergut Ebersdorf bei Zeitzschenthal zugewandert, vorwärts
wie seinerzeit berichtet wurde. Dem Angeklagten wurde zur Haft ge-
legt, den Entschuldig gefaßt zu haben, seine Geliebte, die 20jährige
Theodor'sche Frau, zur Zeit in Ebersdorf, zu töten und diesen Entschuldig
durch Aufhängen bewirkt zu haben, welche Entschuldig die Auf-
hängung der Ehefrau des Angeklagten, welche nicht nur zur
Vollendung gekommen ist. Der Angeklagte legte ein volles Geständnis
ab und gab auch das entscheidende Moment des verurteilten Todes —
die That mit Ueberlegung ausgeführt haben — zu. Nach seinen Dar-
legungen sollte seine Geliebte, die er beschuldigt zu betreten, die Ver-
urteilung der Ehefrau gegeben haben und diese Ehefrau, welche die Ehe-
frau des Angeklagten war, durch Verurteilung der Ehefrau des Angeklagten
zum Tode verurteilt worden. Im zweiten Punkte der Tagesordnung (Wor-
handlung) wurden folgende Mitglieder gemeldet: Stropf, Kretin,
Weber, Walter, Trübner, Jahn und Frau Stoll. Hierauf wurden noch
verschiedene Vereinsangelegenheiten erörtert und darauf die interessante
Versammlung geschlossen.

Zur Einsegnung schwarze und farbige Kleiderstoffe, Jacketts, Röcke, Tücher, Korsetts etc. zu bekannt allerbilligsten, festen Preisen. **Brumme & Benjam** 23 gr. Ulrichstr. 23.

empfehlen in grosser Auswahl

